

Mehrzweckhalle nimmt konkrete Formen an

Fassade aus verschiedenen Materialien – Detailfragen besprochen – Gemeinderat tagte

Perkam. (eam) Die Planungen für die Mehrzweckhalle der Gemeinde Perkam nehmen konkrete Formen an, in wenigen Wochen werden die Ausschreibungen für die einzelnen Gewerke veröffentlicht. In der Sitzung des Gemeinderates am Montagabend wurden mit Architekt Dieter Brüggemann die Detailfragen und dem Ingenieurbüro Hübner und Kollegen die technische Ausstattung, Heizung und Sanitär, besprochen. Bei der Einrichtung bezüglich der Sportgeräte werden auch die Wünsche des Lehrerkollegiums der Grundschule berücksichtigt, wie Bürgermeister Hubert Ammer deutlich machte.

Die Heizungsart wurde bereits festgelegt, man habe sich für eine Gasheizung entschieden, wie Bürgermeister Hubert Ammer in Erinnerung rief. Ein Heizkraftwerk, das mehrere Gebäude, wie die Grundschule, die Pfarrkirche und auch das Sportheim versorgen könnte, lasse sich wirtschaftlich nicht darstellen, so Ammer. Die Strom- und Wasserversorgung werde vom gegenüberliegenden Gewerbegebiet erfolgen und unter der Staatsstraße durchgeführt.

Lüftungsanlage

Für die Mehrzweckhalle benötige man nicht nur eine Heizung, sondern auch eine Lüftung, wie Stefan Hübner erläuterte, da die Halle nicht nur zur Ausübung des Sportes, sondern auch für Veranstaltungen genutzt werden soll. Wenn Veranstaltungen stattfinden, müsse zwingend eine Lüftungsanlage eingebaut werden, wie deutlich wurde. Der Vorschlag aus dem Gemeinderat, statt der zwei geplanten Hovalgeräte die Lüftung mit einer zentralen Lüftungsanlage sicherzustellen, würde Mehrkosten verursachen, wie Hübner erläuterte. Denn bei ei-

ner zentralen Lüftungsanlage müssten Kanäle verlegt werden, für die Reinigungskosten anfallen. Deshalb fiel die Entscheidung für die geplanten Hovalgeräte.

Um Kosten einzusparen und um unbefugtes Verstellen der Raumtemperatur zu verhindern, lautete ein Vorschlag aus dem Gemeinderat, dass man auf Raumthermostate verzichten soll. Dies sei nicht möglich, da dies die Energieeinsparverordnung (EnEV) verbiete, jeder Raum müsse separat geregelt werden. Um unbefugtes Hantieren an den Thermostaten zu verhindern, schlug Hübner vor, die Räume mit digitalen Thermostaten, die mit einem Code gesichert werden, auszustatten. Es sei aber möglich, mehrere Räumlichkeiten, wie den Dusch- oder Toilettenbereich, zusammenzufassen und mit einem Thermostat auszustatten.

Duschplätze reduziert

Die zusätzlichen Kosten für die digitalen Thermostate bezifferte der Experte auf rund 700 Euro. Durch die Reduzierung der geplanten Duschplätze sind merkliche Einsparungen möglich, da die Kapazität der Heizung, des Pufferspeichers niedriger angesetzt werden könne, zusätzlich sich aber auch die Baukosten verringern.

Jedes öffentliche Gebäude müsse die Vorgaben der EnEV erfüllen, für die Mehrzweckhalle werde eine Solarfläche von 40 Quadratmetern vorgeschrieben. Dies stieß auf Unverständnis, da die Solaranlage völlig überdimensioniert sei und sich nicht am tatsächlichen Bedarf orientiere. Vor allem im Sommer, wenn die Halle weniger genutzt werde, falle eine große Menge an Warmwasser an. Ingenieur Heindl, von Hübner und Kollegen, brachte es auf den Punkt: „Nicht alles, was die EnEV vorschreibt, ist sinnvoll.“

Für den Wärmebedarf stehe eine endgültige Berechnung aus, man gehe aber seitens des Ingenieurbüros Hübner und Kollegen davon aus, dass etwa 150 kW erforderlich sind.

Praktiker setzen sich durch

Die Entscheidung, einen Gastank anzumieten und nicht zu kaufen, habe weiteres Einsparpotenzial, wie Brüggemann deutlich machte. Die Mehrzweckhalle wird mit einem Dachüberstand geplant, nun ging es um die Frage, ob der Eingangsbereich als moderner Cubus oder ebenfalls mit Dachüberstand errichtet werden soll. Die geradlinige Form und die Optik sprechen für einen Cubus, beim Gemeinderat setzten sich aber die praktische Sicht und auch die geringeren zu erwartenden Probleme hinsichtlich eintretender Nässe für den Dachüberstand durch.

Die Fassade setze sich aus verschiedenen Materialien zusammen, so sind Holzfassaden, eine Fassade aus farbigen Eternitplatten und eine wärme gedämmte verputzte Wandfläche geplant. Da bei der Holzfassade noch Uneinigkeit über die Gestaltung herrschte, schlug Dieter Brüggemann vor, drei Varianten auszuschreiben und bei der Entscheidung die Kosten miteinzubeziehen.

Brüggemann stellte mögliche Fliesen für Eingangsbereich, Duschen und Toiletten vor, die auch den Anforderungen, wie gegebenenfalls Rutschfestigkeit, entsprechen. Beim Hallenboden gebe es zwei führende Hersteller, die relativ gleichwertig seien. An der Hallendecke zwischen den Leimbändern sind Schallschutzmatten empfehlenswert, insbesondere, da Veranstaltungen in der Mehrzweckhalle

geplant sind. Die Schallschutzmatten können farblich gestaltet werden.

Der Mehrzweckraum im Erdgeschoss, der als Sitzungssaal oder Besprechungsraum genutzt werde, wird mit einem wohnlichen Vinylboden ausgestattet. Die Ausschreibungen werden demnächst im Staatsanzeiger veröffentlicht, die Submission der Angebote finde am 28. Juni statt. Die Fertigstellung für die Mehrzweckhalle ist für den Juli 2018 geplant.

Hubert Ammer hatte noch einige Fragen zur Ausstattung mit den Sportgeräten. Sowohl die Sprossenwand, wie auch die Kletterstangen und Seile werden in der Wand verschwinden, wie Dieter Brüggemann erläuterte. Zudem werden Bodenhülsen für unterschiedliche Sportarten, wie Fußball, Volleyball, Badminton und auch Tennis, vorgesehen sowie die Vorbereitung für einen Vorhang zur Hallenteilung mit eingeplant.

Einbeziehungssatzung

Für die Einbeziehungssatzung Pilling, Hauptstraße, endete die öffentliche Auslegung. Seitens der Bevölkerung wurden keine Einwände erhoben und von den Trägern öffentlicher Belange gingen Einwendungen vom Landratsamt Straubing-Bogen und dem Bund Naturschutz ein.

Die Zufahrt müsse über den bestehenden Feldweg erfolgen, erläuterte Hubert Ammer, dies war seitens der Bauherren bereits so geplant. Das Oberflächenwasser muss auf dem eigenen Grundstück versickern, ansonsten gab es keine weiteren Einwände, sodass die überarbeitete Einbeziehungssatzung einstimmig beschlossen wurde.